

ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Wilfing und Ing. Gratzer

gemäß § 34 LGO

betreffend **Entlastung für NÖ Pendlerinnen und Pendler**

zum Antrag betreffend Maßnahmenpaket zur Entlastung der „Melkkuh“ Autofahrer,
LT-814/A-3/60

Der starke Anstieg der Treibstoffpreise in den letzten Wochen und Monaten entwickelt sich zunehmend zu einer finanziellen Belastung der Bevölkerung und insbesondere der Pendlerinnen und Pendler. So ist etwa der Preis für einen Liter Diesel im Vergleichszeitraum März 2011 zum gleichen Monat des vergangenen Jahres um 27,8 Cent gestiegen, jener für Superbenzin um 20,8 Cent. Diese Preisentwicklung wirkt sich unmittelbar auf das verfügbare Haushaltseinkommen der Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich aus.

Begründet wird der rasante Anstieg der Treibstoffpreise einerseits mit der politischen Unsicherheit in wichtigen erdölproduzierenden Staaten wie Libyen und Spekulationsentwicklungen auf den internationalen Ölmärkten, andererseits tragen steuerliche Maßnahmen des Budgetbegleitgesetzes 2011 zu einem höheren Treibstoffpreis bei.

Angesichts dieser Entwicklungen hat der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend einen „Spritpreisgipfel“ initiiert, bei dem Vertreter der Mineralölwirtschaft, der Autofahrerclubs ÖAMTC und ARBÖ, der Verkehrsclub Österreich sowie der Bundeswettbewerbsbehörde Lösungen zu einer Abfederung der Treibstoffpreise erörtert haben. Das auch von Autofahrerclubs und Konsumentenschutzorganisationen begrüßte Ergebnis des Spritpreisgipfels ist, dass das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend einen Gesetzesentwurf zur Schaffung einer ver-

pflichtenden Spritpreis-Datenbank erarbeitet. In diese Datenbank sollen die Tankstellenbetreiber möglichst unbürokratisch mehrmals täglich die Treibstoffpreise einmelden und damit eine bessere Vergleichbarkeit, mehr Transparenz und Wettbewerb zugunsten der Konsumenten geschaffen werden, da bisherige Meldungen der Tankstellen auf freiwilliger Basis erfolgten.

Eine derartige Spritpreisdatenbank ist grundsätzlich zu begrüßen, zusätzlich sollten aber auch weitergehende Maßnahmen überlegt werden, die eine direkte Entlastung der Pendlerinnen und Pendler zur Folge haben. Eine Möglichkeit wäre die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die es Pendlerinnen und Pendler ermöglicht, die tatsächlich anfallenden Fahrtkosten steuerlich abzusetzen, da die Pendlerpauschale als Freibetrag und der Verkehrsabsatzbetrag die tatsächlichen Fahrtkosten nicht ausreichend berücksichtigen. Weiters sollte geprüft werden, ob und wie es möglich ist aus den Mehreinnahmen bei der Mineralölsteuer den Pendlerinnen und Pendlern Ersatz zu leisten.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese rasch und gezielt Maßnahmen gegen den Anstieg der Treibstoffpreise setzt. Insbesondere sollen die steuerliche Absetzbarkeit der tatsächlichen Fahrtkosten von Pendlerinnen und Pendlern und die Möglichkeit geprüft werden, ob und wie den Pendlerinnen und Pendlern aus den Mehreinnahmen bei der Mineralölsteuer Ersatz geleistet werden kann.
2. Der Antrag betreffend Maßnahmenpaket zur Entlastung der „Melkkuh“ Autofahrer, LT--814/A-3/60, wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO erledigt.“